

- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)
[Pressemitteilung](#)

Katastrophenschutzübungen im Land sind der Realität stets einen Schritt voraus

03.01.2019

Die Katastrophenschutzübungen unter der Aufsicht des Regierungspräsidiums Stuttgart sind der Realität stets einen Schritt voraus. Die Übungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die vorgehaltenen Einsatzpläne im Regierungspräsidium den ständig wachsenden Herausforderungen der Gefahrenabwehr standhalten.

„In Krisenlagen, egal ob real oder zu Übungszwecken, funktioniert das Zusammenspiel der vielen Akteure innerhalb der besonderen Organisationsstruktur unseres Verwaltungsstabes stets zügig, zielgerichtet und auf hohem Niveau. Im Ernstfall können wir uns auf die Arbeit der Katastrophenschutzeinheiten vor Ort sowie auf die administrativen Stäbe der Behörden im Hintergrund verlassen“, betont Regierungspräsident Reimer. Naturkatastrophen und außergewöhnliche Schadensereignisse können das Leben oder die Gesundheit zahlreicher Menschen oder Tiere, die Umwelt, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung in ungewöhnlichem Maße gefährden oder schädigen. Das Regierungspräsidium Stuttgart als höhere Katastrophenschutzbehörde überwacht daher kontinuierlich, welche Katastrophengefahren in ihrem Bezirk drohen, stellt die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren und der Katastrophenschutzdienste sicher und überwacht Schadensereignisse, um die unverzügliche Unterstützung und Intervention durch die Katastrophenschutzbehörden zu gewährleisten.

Herbst 2017 - Eine langanhaltende Hitzeperiode mit Temperaturen von über 40 Grad Celsius fordert die Einsatzkräfte der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen. Gesundheitliche Probleme von Menschen und Tieren, Wasserknappheit, Stromausfälle, Vegetationsbrände und Unfälle mit gefährlichen Stoffen und Gütern sind die Folge. Rund 2.500 Einsatzkräfte aus dem ganzen Land bekämpfen die Schadenslage. Zum Glück handelt es sich bei dem hier beschriebenen Szenario nur um den „Heißen Süden 2017“, die bisher größte Katastrophenschutzübung des Landes. Großflächige Waldbrände bringen die Einsatzkräfte aufgrund der extremen Witterungen schnell an die eigenen Leistungsgrenzen und machen eher ungewöhnliche Hilfe erforderlich. In solchen Ausnahmesituationen können die Katastrophenschutzbehörden im Rahmen der Amtshilfe und zivil-militärischen Zusammenarbeit auch auf Ressourcen der Polizei sowie der Bundeswehr zurückgreifen und Unterstützung bei der Brandbekämpfung aus der Luft anfordern. In Baden-Württemberg wurde diese Form der Waldbrandbekämpfung erstmals wieder beim „Heißen Süden“ angewandt. Und das ohne zu ahnen, was der Sommer im Folgejahr bringen sollte.

Sommer 2018 - Plötzlich sind die Feuerwehren bundesweit tatsächlich gefordert. Der Sommer ist außergewöhnlich warm, trocken und sonnig. Die gemessenen Rekordtemperaturen sind vielerorts mitursächlich für zahlreiche Waldbrände in ganz Deutschland. Wenn die eigenen Kräfte nicht ausreichen, wird unbürokratisch auf Unterstützung zurückgegriffen. Am Boden erhalten die Feuerwehren Unterstützung durch Wasserwerfer der Polizei und Räumpanzer der Bundeswehr, auch Hubschrauber der Luftwaffe sind an vielen Schadenstellen eine wichtige Maßnahme zur Brandbekämpfung. Die Bundeswehr verfügt hierzu über Löschwasserbehälter, welche an Militär- oder Polizeihubschrauber angehängt werden können und mit welchen auch aus kleineren Gewässern bis zu 5000 Liter Wasser entnommen werden kann, um Brände aus der Luft zu bekämpfen und die Ausbreitung von schwer kontrollierbaren Waldbränden einzudämmen. Allein bis August ist die Bundeswehr nach eigenen Angaben bundesweit bei 11 Waldbrandlagen mit über 150 geflogenen Löscheinsätzen beteiligt und hat dabei eine Löschwassermenge von etwa 800.000 Litern abgelassen.

Herbst 2018 - Der Verwaltungsstab am Regierungspräsidium in Stuttgart plant und übt im Rahmen der bundesweiten Katastrophenschutz- und Krisenmanagementübung LÜKEX18 die notwendigen Schritte bei einer über die Verwaltungsgrenzen hinausreichenden Brennstoffmangellage in Süddeutschland. Aufgrund der fiktiven, langanhaltend extremen Wetterbedingungen mit Temperaturen bis zu -25 °C sinken die Füllstände der Gasspeicher. Industriekunden sind von der Reduzierung und Abschaltung der Gaszufuhr betroffen, vereinzelt auch Kraftwerke, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und die Lebensmittelindustrie. Infolgedessen ist in der Übungslage auch die Bevölkerung an vielen Schnittstellen betroffen. Der Verwaltungsstab führt eine Lageübersicht für den Bezirk, versorgt die Bevölkerung mit wichtigen Informationen, stellt die Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sicher und koordiniert den bezirksweiten Einsatz der Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes an zahlreichen durch die Mangellage verursachten Brennpunkten im Bezirk.

Regierungspräsident Wolfgang Reimer betont die Wichtigkeit eines zuständigkeitsübergreifende Vorgehens: „Katastrophen machen keinen Halt an Grenzen und Zuständigkeiten. Sie kommen schnell, überraschend und oft mit verheerenden Ausmaßen. Das kooperative Agieren der Katastrophenschutzdienste und -behörden in solchen Schadenslagen trägt einem sicheren und lebenswerten Leben hier in unserem Lande bei.“

Ebenfalls Herbst 2018 - Im Oktober und November dann der Ernstfall: Die langanhaltende Trockenheit verursacht auch in Teilen Baden-Württembergs sinkende Grundwasserspiegel, Wasserknappheit im Schwarzwald sind die Folge. Durch den niedrigen Pegel auf dem Rhein - die Wasserstandsmarken am Rhein fallen im Oktober unter die Tiefpunkte der letzten 35 Jahre - kommt es zeitweise auch zu Lieferengpässen bei Mineralölprodukten und Kohle, denn die Schifffahrt kann nur noch einen kleinen Teil der vorhandenen Ladekapazität bedienen. Alternative Lieferwege sind kostenintensiv, das macht sich auch am Kraftstoffpreis bemerkbar. Kurzzeitige Lieferausfälle beim ÖPNV im Regierungsbezirk Stuttgart rufen die zuständigen Katastrophenschutzbehörden auf den Plan. Zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit des Bevölkerungsschutzes beginnt das Regierungspräsidium Stuttgart mit dem Lagezentrum am Innenministerium die Entwicklungen verstärkt zu beobachten. Da Ende Oktober mit einer Entspannung nicht zu rechnen ist geben die Behörden u.a. 70.000 Tonnen Benzin und 150.000 Tonnen Diesel aus der Reserve des Bundes frei und stellen diese dem Markt zur Verfügung, um eine Grundstabilität der Kraftstoffversorgung sicherzustellen. Eine Entspannung der Gesamtlage zeichnet sich erst mit einsetzenden Regenfällen im Dezember ab. Auch die Behördenleitung des Regierungspräsidiums Stuttgart ist sich sicher: „Die bei unseren Übungen stets aktualisierten und optimierten Arbeitsabläufe decken sich mit der Realität im Regierungsbezirk und halten dieser stets stand. Die Lage im Herbst hat uns erneut gezeigt, dass das Zusammenspiel der operativen Kräfte vor Ort sowie der administrativen Landes- und Bundesbehörden entscheidend ist.“, so Regierungspräsident Wolfgang Reimer.

Die Gefährdungslage befindet sich auch in Baden-Württemberg im Wandel. Die Einheiten des Katastrophenschutzes sehen sich zunehmend anderen Gefahrenlagen gegenüber als noch vor einigen Jahren. Klimawandel und gesellschaftliche Umbrüche fordern ein Umdenken. Daher werden auch 2019 wieder Katastrophenschutzübungen stattfinden, welche die Einsatzfähigkeit und Planungen der Katastrophenschutzdienste und -behörden auf den Prüfstand stellen. Denn nur durch regelmäßige Überprüfung, Erprobung und fortlaufende Anpassung bleibt der etablierte Standard auch zukunftsfähig.



*Mitarbeiter*innen des RPS während der LÜKEX 2018 (Quelle: RPS)*

Kategorie:

Pressemitteilung Pressemitteilung Pressemitteilung